

Haushaltsrede FDP am 7.2.2023 (es gilt das gesprochene Wort)

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Erschwerte Bedingungen – das ist angesichts der aktuellen Herausforderungen eher eine Untertreibung der Situation, in der sich gerade die Kommunalpolitik derzeit befindet.

Deshalb auch von Seiten der FDP-Fraktion zunächst einmal ein herzliches Dankeschön an alle, die an der Aufstellung des diesjährigen Haushalts mitgewirkt haben. Großer Dank gebührt auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung, die in anderen Ressorts durch diese schwierige Situation besonders belastet waren und noch sind.

Die Gründe sind bekannt und müssen an dieser Stelle nicht nochmals gesondert aufgeführt werden.

Woran wir uns gewöhnen müssen – ob wir wollen oder nicht: Die Krise ist zum Normalzustand geworden – und das verändert die Anforderungen, die an alle gestellt werden, die in der Kommunalpolitik Verantwortung tragen. Und das relativiert auch die Kritik, die sicherlich so manche Fraktion – auch wir – im konkreten Einzelfall äußert. Denn bei aller Kritik darf das Verständnis, dass in dieser Situation nicht alles optimal laufen kann, nicht verloren gehen. Und wir sollten in den Vordergrund stellen, dass wir aus Fehlern lernen können, anstatt sie nur zu kritisieren.

Haushaltssituation unbefriedigend

Aber jetzt zum Thema Haushalt:

Auch wenn die Entwicklung etwas besser verlaufen ist als befürchtet: Unsere Haushaltssituation stellt sich alles andere als befriedigend dar. Das Konsolidierungspaket, das wir schon im letzten Jahr beschlossen haben, um überhaupt Aussichten zu haben, den Haushalt genehmigt zu bekommen, wird möglicherweise nicht ausreichen, um den finanziellen Herausforderungen der Zukunft gerecht zu werden:

Wir wissen nicht, wie es im Ukrainekrieg weitergeht und wie sich die Zahl der Flüchtlinge entwickelt, die weitere konjunkturelle Entwicklung ist ebenso unsicher wie die Frage, ob wir in akzeptabler Zeit wieder von dem aktuell hohen Krankenstand runterkommen. Und es ist offen, ob wir beschlossene Stellen aufgrund des in wichtigen Bereichen leergefegten Arbeitsmarkts auch alle besetzen können.

Spannend wird auch werden, wie die große Politik angesichts leerer Kassen die Balance zwischen den ökologischen und sozialen Herausforderungen auf der einen Seite und der ebenfalls notwendigen Erhaltung des Wirtschaftsstandorts Deutschland findet – und wie sich das auf die Kommunen auswirken wird.

Sparsame Haushaltsführung – Worten müssen Taten folgen – Dringlichkeit hinterfragen

Umso schwieriger werden Haushaltsentscheidungen.

Seit Jahren steht im Vorbericht zum Haushalt, dass wir bei den freiwilligen Aufgaben zurückhaltend sein müssen, seit Jahren fahren wir hier nicht zurück, sondern satteln drauf. Und auch bei der Prüfung der Frage, ob der Umfang unserer Pflichtleistungen in jedem Fall noch situationsgerecht ist, haben wir Nachholbedarf.

Warum haben wir uns z.B. bei der Ausschreibung des Mensa-Essens nicht an den Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung orientiert, sondern eine „Freiberg-Plus-Regelung“ draufgesetzt, die zusätzlich Bio- und Fairtrade-Produkte vorschreibt? Wohlgedenkt: „Bio“ nicht als zusätzliches Angebot für ein Mittagessen, sondern zwingend für alle. Wir haben kein Geld, aber wir verlangen mehr als den gesunden Standard.

Weitere Beispiele – z.B. aus dem Bereich der Sprachförderung – gerne auf Nachfrage.

Umso wichtiger ist deshalb jetzt, dass wir künftig bei freiwilligen Aufgaben wirksam auf die Bremse treten und den Umfang der anderen Leistungen auf den Prüfstand stellen.

Wohlgedenkt: Fast keine Ausgabenentscheidung, die wir getroffen haben, betraf Dinge, die nicht wichtig oder zumindest wünschenswert waren. Und die Positionen, die wir kritisch sehen, sind für sich genommen in der Höhe überschaubar. Aber es geht bei schwieriger Haushaltslage eben vor allem auch um die Einstellung.

Fragen wir bei Ausgabenentscheidungen, ob die Ausgabe auch wirklich dringlich ist? Oder winken wir sie nach dem Motto „das geht schon noch“ einfach mehrheitlich durch? Zu Lasten des Steuerzahlers. Den Worten, dass Sparen unabdingbar ist, müssen auch Taten folgen.

„Dringlichkeitstest“ notwendig

Wir möchten deshalb anstelle der „Freiberg-Plus“-Strategie für einen „Dringlichkeitstest“ werben, den jeder vor jeder Ausgabenentscheidung für sich durchführen sollte. Und mit „jeder“ meinen wir Gemeinderäte wie Verwaltung gleichermaßen.

Wir sollten uns fragen: Ist das, was wir neu beantragen oder hinterfragen

wünschenswert, ist es wichtig, aber vielleicht nicht absolut notwendig -oder ist es absolut dringlich? Und warum? Was passiert an unzumutbaren Dingen, wenn wir diese Ausgabe nicht oder nicht in diesem Umfang beschließen? Ist der Verzicht auf die Ausgabe wirklich unzumutbar oder nur unangenehm? Würde ich das Geld auch ausgeben, wenn es nicht das Geld des Steuerzahlers, sondern mein eigenes wäre und bei mir auch Ebbe in der Kasse herrscht?

Auf dieser Basis würde es noch Streitfälle und Diskussionen genug geben, aber es wäre ein Anfang.

Und wir sind natürlich froh darüber, dass nach wie vor unser Gemeinderatsbeschluss gilt, dass bei jedem Antrag der Fraktionen zu neuen Ausgaben ein Finanzierungsvorschlag vorgelegt werden muss.

Bei allen unseren Entscheidungen dürfen wir auch nicht vergessen, dass wir die Interessen der Bürger nicht nur als Konsumenten kommunaler Dienstleistungen, sondern auch ihre Interessen als Steuerzahler zu vertreten haben.

Faire, transparente und damit aufkommensneutrale Umsetzung der Grundsteuerreform

Die FDP wird sich deshalb noch in dieser Amtsperiode des Gemeinderats für eine faire, transparente und deshalb aufkommensneutrale Umsetzung der Grundsteuerreform einsetzen, um das Wohnen nicht weiter zu verteuern.

Und wir werden immer wieder daran erinnern, dass unser Konsolidierungspaket auch beinhaltet, die beschlossenen Steuererhöhungen jährlich zu überprüfen und ggf. ganz oder teilweise zurückzunehmen.

Gute Rahmenbedingungen für Unternehmen wichtig für Freiberg

Es ist gut für Freiberg, dass Freiburger Unternehmen auch in der aktuell schwierigen Zeit investiert haben. Aber leider hat man oft den Eindruck, dass so mancher dieses wichtige Engagement allzu leicht für selbstverständlich hält. Aber der Gemeinderat steht auch in der Verantwortung, für akzeptable Rahmenbedingungen für die Freiburger Unternehmen zu sorgen. Das steuerliche Umfeld gehört dazu.

Ganz wichtig für künftige Finanzentscheidungen ist auch, dass unsere Eröffnungsbilanz der gemeinsam beschlossenen Planung entsprechend fertiggestellt wird.

Weiterentwicklung des Stadtzentrums ist eine große Chance für Freiberg

Die Weiterentwicklung des Stadtzentrums ist eine große Chance für Freiberg. Aber das ist auch eine finanziell enorme Herausforderung. Ende des letzten Jahres hat daher nicht viel gefehlt, und das Projekt wäre gestoppt worden.

Wir sind dennoch der Meinung, dass es ein Fehler gewesen wäre, jetzt eine „Vollbremsung“ hinzulegen, und die gesamten schon investierten Kosten sowie die Chance auf ein zukunftsfähiges Stadtzentrum mit gutem Mix aus Einkaufs-, Dienstleistungs- und Wohnmöglichkeiten für alle Generationen einfach abzuhaken. Zumal die Sanierung des Rathauses auf jeden Fall ansteht.

Wir müssen uns doch erst auf eine grundsätzliche Lösung einigen, dann die Kosten ermitteln, dann verhandeln, welchen finanziellen Beitrag Partner aus dem Immobilien-, Dienstleistungs- und Finanzbereich leisten würden und dann beschließen, was wir uns in welchem Umfang leisten können.

Umwelt- und Klimaschutz sind wichtig, aber nicht um jeden Preis

Klimaschutz und Ökologie sind wichtig, aber auch in diesem Bereich müssen wir – wie in anderen Bereichen der Kommunalpolitik - Vor- und Nachteile verantwortungsbewusst gegeneinander abwägen.

Wir haben zum Beispiel vorgeschlagen, uns unseren Klimaschutzmanager mit einer anderen Kommune zu teilen, wie das auch einige andere Gemeinden tun.

Obwohl seitens der Verwaltung Gespräche mit anderen Kommunen in Aussicht gestellt wurden, hat die Verwaltung dann auf Nachfrage eingeräumt, dass nicht einmal der Telefonhörer in die Hand genommen wurde. Das ist mehr als unbefriedigend.

Ein weiteres: Klimaschutztests mit ungewissem Ausgang müssen wir angesichts unserer prekären Haushaltslage denjenigen Kommunen überlassen, die eine bessere Haushaltslage haben.

Was häufig übersehen wird: Auch wenn nicht jeder Gemeinderat jedem Vorschlag zur Verbesserung des Umwelt- und Klimaschutzes mit Begeisterung zugestimmt hat - zur ehrlichen sachlichen Bilanz unserer kommunalen Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen gehört auch die Feststellung: Dieser Gemeinderat ist der klimaprogressivste, den Freiberg je gehabt hat. Wir sind in diesem Bereich deutlich besser geworden.

Aber wir müssen trotzdem – oder gerade deshalb – bei unseren Maßnahmen zum Umwelt- und Klimaschutz die Kirche im Dorf lassen. Wir müssen nicht immer die ersten sein, die neue Experimente starten. Und wir müssen uns nicht blindlings und ohne Abwägung von Pro und Contra auf alles stürzen, auf dem Umwelt oder Klima draufsteht.

Deshalb sprechen wir uns z.B. auch strikt gegen die Aufstellung eines Hitzeaktionsplans für Freiberg aus, den es bisher nur in Großstädten gibt. Uns ist keine andere Stadt in der Größe Freibergs bekannt, die einen Hitzeaktionsplan realisiert hat. Hier sollten wir uns die personellen Ressourcen und die bei einer eventuellen Umsetzung anfallenden Kosten zunächst sparen und erst einmal abwarten, ob sich solch eine Maßnahme in anderen Kommunen unserer Größe als sinnvoll erweist. Unnütze Programme durchzuziehen – das ist das perfekte Programm, um die ohnehin bestehende Personalnot im Rathaus zu verschlimmern.

Fahrradzone ein Flop

Ein Flop, der ebenfalls Geld gekostet hat, war die Schaffung einer Fahrradzone am Wasen. In puncto Sicherheit für die Radfahrer und Schadstoffvermeidung ist es eher schlechter geworden. Aus unserer Sicht ein Beispiel, um aus Fehlern zu lernen.

Kindergärten – gemeinsam mit Eltern zumutbare Lösungen finden

Sehr schwierig war 2022 die Situation in den Kindergärten. Schließungen waren erforderlich – und trotzdem waren höhere Gebühren nicht vermeidbar. Und obwohl der Gemeinderat für 2023 beachtliche Beträge für mehr Plätze, mehr Personal und mehr Qualität in den Kindergärten in den Haushalt eingestellt hat, wäre es vermessen, über Nacht eine nachhaltige Verbesserung in allen Bereichen zu erwarten. Schon allein, weil wir auf einem fast leeren Arbeitsmarkt im Wettbewerb mit anderen Kommunen um die Erzieherinnen und Erzieher stehen. Und klar ist auch, dass jede Mehrausgabe im Kita-Bereich die Möglichkeiten, die Beitragssteigerungen zu begrenzen, erschwert.

Wir hoffen deshalb, dass in Gesprächen mit den Eltern eine zumutbare Balance zwischen einer Verbesserung der Qualität und der Vermeidung von Schließungen auf der einen Seite und unvermeidbaren Einschränkungen und Gebührensteigerungen auf der anderen Seite gefunden werden kann.

2022 macht Mut - wir können die Herausforderungen meistern!

Alles in allem darf man feststellen: Das Jubiläumsjahr 2022 war für Freiberg erneut ein sehr schweres Jahr, aber es hat auch gezeigt, dass Vieles leistbar ist, wenn wir bei den ganz entscheidenden Fragen an einem Strick und in dieselbe Richtung ziehen. Beispiele zeigt der Bilderrückblick in den Freiburger Nachrichten Mitte Januar.

Der Start bei der Umsetzung des Konsolidierungspakets, das für jede Fraktion schmerzhaft zu schluckende Kröten beinhaltet und trotzdem mit beachtlicher Mehrheit realisiert wird, macht Mut.

Und jede Fraktion, die sicherlich noch den einen oder anderen Wunsch gehabt hätte, hat bei der Aufstellung des Haushalts der Tatsache Rechnung getragen, dass 2023 nicht das Jahr ist, um große Wunschzettel zu schreiben. Das war gut so.

Wichtig wird sein, diese Bereitschaft zum Kompromiss zu erhalten, anstatt Tabus aufzubauen, zu versuchen, Themen auch durch die Brille anderer Gemeinderatskollegen zu betrachten und gemeinsam die richtigen Prioritäten zu bestimmen und die entsprechenden Maßnahmen konsequent umzusetzen.

Wir müssen die Bürger mitnehmen, durch gute und verständliche Kommunikation für die eigenen Ideen werben, aber auch um Verständnis werben, dass wir in dieser schwierigen Situation nicht jedem alles recht machen können.

Und wir müssen dazu sachgerechte Formen der Bürgerbeteiligung finden, die nicht nur darauf angelegt sind zu kritisieren oder zu verhindern, sondern zu einer fairen Balance von Vorteilen und Nachteilen für die Betroffenen auf der einen Seite und die Gesamtheit der Bürgerinnen und Bürger von Freiberg auf der anderen Seite führen. Wir beteiligen uns deshalb auch gerne an einem konstruktiven Dialog mit Vertretern der Eltern beim Kita-Thema.

Die Stadt Freiberg und damit auch Stadtverwaltung und Gemeinderat leben letztendlich vom Vertrauen, das uns die Bürger entgegenbringen. Dieses Vertrauen müssen wir auch im neuen Haushaltsjahr rechtfertigen.

Die FDP stimmt dem Haushalt zu.